

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

54 (5.3.1917)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkoffer monatl. 75 s., 1/2jährl. 2,25 M., vierteljährl. durch unsere Träger 85 s. bezgl. 2,55 M., durch den Postbot. 89 s. bezgl. 2,67 M., durch d. Feldpost 90 s. bezgl. 2,60 M.; vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags, Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 s. Anzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zutob. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gsch & Co., Karlsruhe.

Der Weg zum Ziel.

Karlsruhe, 5. März 1917.

So interessant die Debatten des Reichstags über die innerpolitischen Fragen sind, irgend ein greifbares Ergebnis werden sie nicht zur Folge haben. In unserer Besprechung der Stangerede haben wir auf die Gründe der Zurückhaltung des Reichskanzlers hingewiesen und betont, daß so lange es im Reichstag keine feste Mehrheit für die politische Neuorientierung gäbe, der Reichskanzler, auch wenn er vom besten Willen besetzt ist, sich in einer schwierigen Lage befindet. Daß die Gegner der Neuorientierung diese für sie günstige Situation nach Kräften ausnützen, ist nur zu begreiflich.

In ihrem Abendblatt vom letzten Freitag beschäftigt sich die „Frankf. Ztg.“ mit dem Problem der innerpolitischen Neuorientierung. Sie macht mit Recht darauf aufmerksam, daß das Fideikommissgesetz und die dem Reichstag zugegangenen Steuerentwürfe sehr wenig zu den Ausführungen des Reichskanzlers über innerpolitische Folgen des Krieges passen. Es wäre an der Zeit, daß Herr v. Bethmann-Hollweg sich einmal prägnanter über das äußert, was er auf dem Gebiete der inneren Politik für notwendig hält. Ohne ein klares Programm werde der Reichskanzler nie zum politischen Führer des deutschen Volkes. Mit Recht weist die „Frankf. Ztg.“ aber auch darauf hin, daß die Entwicklung der Dinge ganz anders in Fahrt kommen würde, wenn es im Reichstag eine Mehrheit gäbe, die weiß was sie will.

Eine feste Mehrheit, die ein Programm hätte, das sie durchsetzen könnte: wenn es gelänge, die zustande zu bringen, dann wäre die Neuorientierung schon zu einem großen Teil fertig. Wenn es dagegen nicht gelänge, eine solche festgesetzte, zum Handeln entschlossene Mehrheit für Neuorientierung zu bilden, so werden wir noch eine ganze Weile im Reich und in Preußen eine Mehrheit haben, die praktisch das Neue ablehnt, nicht eine feste, regierungsfähige Mehrheit, aber eine von Zoll zu Zoll aus Beharrungsbesonnenheit im Genuß des Besten zusammenstehende Gruppe von Parteien. Wir haben es in den letzten Reichstagsdebatten gesehen. Dem das Unkrautwuchs, Unbefriedigende dieser Debatte lag ja nicht nur darin, daß jeder Redner, wie bei diesen Kaiserreden, selber nicht über hundert und einen Gegenstand sprach und die Diskussion dadurch gänzlich auseinanderfiel. Schlimmer noch war, daß über die für die nächsten Jahre zu erlassenden Steuern, die mit zur ersten Stellung kamen, überhaupt kaum mit wirklich Sachlichkeit gesprochen wurde: es hat ja fast den Anschein, als wollten die „bürgerlichen“ Parteien des Reichstags — diese jüde Unterabteilung wird hier durch die Haltung der Fraktionen der Reichstagsmehrheit — den Steuerentwürfen mit möglichst bester Zustimmung ungenügend zustimmen, ohne sie auch nur ernsthaft angehen zu haben; der Zuspruch zur Kriegsgewinnsteuer scheint dabei nach an meisten auf Bedenken zu stehen! Gegen das Fideikommissgesetz war der Widerspruch der Linken schärfer und geschlossener; die Anträge von Volkspartei, Nationalliberalen und Sozialdemokraten, ein Sperrgesetz zu erlassen, das für die nächsten Jahre die Neugründung und Erweiterung von Fideikommissen im ganzen Reich verbietet, bringen das auch praktisch zum Ausdruck. Aber wird es dem Reichstag gelingen, auch den Bundesrat zur Annahme dieses Gesetzes zu bringen?

Man sieht schon aus dieser Frage, wie schwer eine positive Politik unter den heutigen Verhältnissen im Reichstage ist, so lange die feste Mehrheit fehlt, die alles erzwingen kann. Der Reichskanzler scheut den Versuch, durch Verhängung eines Arbeitsprogramms von sich aus eine solche Mehrheit zu bilden, und wer wollte in der Tat voraussagen, ob er gelingen würde und — ob er ein Glück wäre! Aus den Parteien, aus dem Volke, wird die Neuorientierung kommen müssen, das wird zwar mühsamer, aber dafür auch sicherer sein. Selbstbewußte, in vollstem Maße unabhängige Parteien, auf positives Schaffen gestellt nicht in dem Sinne, daß sie allem Vorgelegenen zustimmen, bloß um „positiv“ um „mit dabei“ zu sein, sondern umgekehrt so, daß sie ein eigenes Programm vorzulegen wollen, einen Zustand des Staates nach ihrem Bilde zu schaffen streben — das werden die Wähler künftig verlangen. Das Programm der Neuorientierung aber wird man nicht nur aus der Vergangenheit ableiten dürfen, um nun negativ zu fordern, was nicht mehr sein soll, sondern vor allem aus den vorauszuweisenden Bedürfnissen der Zukunft, aus den Lehren und den Werten der ungeheuren Revolution, die wir durchleben; dann fällt das moralische Elfte absehbar mit. Die Zukunft gehört der Demokratie, nicht einer Parteidiktatur zuliebe, sondern weil der Staat selbst die Demokratie braucht, weil er die ungeheure Belastungsprobe, der er nach Kriegsende im Innern ausgesetzt sein wird, nur wird bestehen können, wenn er wie jetzt im Kriege, so auch nachher im Frieden dem ganzen Volke als die wahre Repräsentation der Gesamtheit, als die Verantwältigung des ganzen Volkes zu erscheinen vermag, wenn jeder einzelne nicht nur gleichberechtigt im Staate, sondern auch gleichverantwortlich für den Staat ist und fühlt. Eine ungeheure Verantwortung liegt da auf den Führern der Parteien, vor allem den Führern der Linken. An ihnen ist es, dafür zu sorgen, daß nicht Renner wie Herr Bassermann selbst auch künftighin die „Selbstgefälligkeit unzulänglicher Mittelmäßigkeiten“ als Einwand gegen die parlamentarische Regierungsform ins Feld führen können.

Es wäre sehr zu wünschen, wenn diese Ausführungen der „Frankf. Ztg.“ bei den Parteien der Linken Beachtung fänden. Wenn es der Linken nicht gelingt, sich auf ein praktisch-positives Aktionsprogramm zu verständigen, das die wichtigsten Forderungen für die Durchführung einer politischen Neuorientierung enthält, dann ist nicht abzusehen, bis wann wir zu einer solchen kommen werden.

Auf die Notwendigkeit solcher Aktionsprogramme hat Bollmar schon im Jahre 1891 hingewiesen. Der Einwand, daß die Nationalliberalen dafür nicht zu gewinnen sind, ist u. E. nicht stichhaltig. Selbst wenn dem so wäre — was keineswegs absolut sicher ist — so könnte dies nicht entscheidend ins Gewicht fallen, denn letzten Endes haben die Wähler die Entscheidung in der Hand. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß ein auf die politische Neuorientierung eingestelltes Aktionsprogramm, auch wenn nur die Sozialdemokratie und die Fortschrittler sich darauf verständigen, eine ungemein starke Anziehungskraft bei den nächsten Wahlen ausüben würde. Wenn die Nationalliberalen wirklich sich abwärts stellen, so würde ihnen dafür bei den Wählern eine Quittung ausgestellt werden, die ihnen sicher zu denken geben würde.

Mit der nationalen Phrase, die bisher den Nationalliberalen immer wieder aus den Verlegenheiten geholfen hat, ist nach diesem Kriege kein politisches Geschäft mehr zu machen. Die Position der entschiedenen Linken ist eine durchaus gute und bietet ihr, falls geschickt operiert wird, die denkbar besten Aussichten.

Das Aktionsprogramm könnte sich zunächst auf einige der wichtigsten innerpolitischen Fragen beschränken. Wir denken dabei an die Notwendigkeit einer Verklärung der Rechte und damit des politischen Einflusses des Reichstags, an eine Neueinteilung der Reichstagswahlkreise, eine demokratische Reform des preussischen Wahlrechts, eine zeitgemäße durch die Erfahrungen des Krieges als notwendig erwiesene Reform unseres Heereswesens, eine den Anforderungen der Gerechtigkeit entsprechende Reform der Steuerpolitik und schließlich eine den volkswirtschaftlichen Erfordernissen angepaßte Zoll- und Handelspolitik.

Wenn in diesen Fragen die Programme der Linkenpartei auch nicht übereinstimmen, so könnte bei einigen guten Willen eine auf positive Erfolge gerichtete Verständigungsformel doch insamer gefunden werden. Das Bochen auf Parteidoctrinen hat — wie die Vergangenheit mit nur zu großer Deutlichkeit lehrt — keinen Zweck. Damit können wir in Deutschland politisch nicht vorwärts. Bei einem solchen politischen Aktionsprogramm braucht sich keine Partei prinzipiell irgend etwas zu vergeben. Prinzipien sind nicht dazu da, um immer nur deklarativ zu werden, irgend einmal muß man auch dazu übergehen, sie zu verwirklichen. Im politischen Leben pflegt es aber ebenso zu gehen wie im gewöhnlichen Leben, man kann mit dem Kopf nicht durch die Wand rennen, ohne dabei zu Schaden zu kommen.

Wenn die Linke bei den nächsten Wahlen Erfolge erzielen will, die eine Neuorientierung unserer inneren Politik garantieren, dann darf sie ihre Kräfte nicht unmäßig zerplittern. „Alle Kraft auf den wichtigsten Punkt zu konzentrieren“, ist — das hat La Jaille schon vor einem halben Jahrhundert gelehrt — die erste Vorbedingung für positive Erfolge auf dem Gebiete der Politik. Je geschlossener die Linke auftritt, um so sicherer wird es ihr gelingen, die sich ihren politischen Zielen entgegenstellenden Hindernisse zu überwinden. Es ist gewiß eine dankbare Aufgabe ihrer Führer, den Weg ansatzend zu machen, auf dem allein das deutsche Volk einer seiner Bedeutung entsprechenden politischen Zukunft entgegengeführt werden kann.

Den Demokraten gehört die Zukunft. Gewiß! Aber Voraussetzung ist, daß deren Führer sich ihren politischen Aufgaben gewachsen zeigen.

Vom Krieg. Deutscher Tagesbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 1. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Dunkeltes Wetter hielt fast durchweg die Gesechtstätigkeit in mäßigen Grenzen. An mehreren Stellen waren eigene Unternehmungen erfolgreich. Bei Chilly (zwischen Somme und Aves) wurden 18 Engländer, an der Straße Etain-Berduin über 100 Franzosen, beiderseits der Doler (Oberesoh) 37 Franzosen gefangen eingebracht.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine Kampfhandlungen von Belang; noch immer starke Kälte.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert. Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

W.W. Berlin, 4. März, abends. (Amtlich.)

In den Morgenstunden regte Gesechtstätigkeit nördlich der Somme und auf dem Ostufer der Maas, zahlreiche Luftkämpfe.

Im Osten und in Mazedonien nichts weisentliches.

Übermals 91 000 Tonnen versenkt.

W.W. Berlin, 3. März. (Amtlich.) Neuerdings wurden von unseren Unterseebooten 21 Dampfer, 10 Segler und 16 Fischerfahrzeuge mit insgesamt 91 000 Brutto-Register-Tons versenkt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Zum deutschen Bündnisangebot an Mexiko.

Die Haltung Wilsons.

New York, 3. März. Im Senat wurden von Wilson Einzelheiten über die deutsche Note an Mexiko und den angeblichen Schritt an Japan erbeten, aber Wilson weigerte sich, Mitteilungen zu machen, indem er erklärte, sie verträgen sich nicht mit dem öffentlichen Interesse.

Basel, 3. März. Der „Matin“ erfährt aus Washington: Wilson besitze noch zahlreiche andere Beweise über des deutsch-amerikanischen Komplott außer den bereits veröffentlichten. Er hat sämtlichen südamerikanischen Republiken von dem Komplott Mitteilung gemacht und sie um ihre Meinungsäußerung ersucht. Von der mexikanischen Regierung wurden eingehende Erklärungen verlangt.

Ein Brief Bernstorffs?

New York, 2. März. (Beripetet eingetroffen.) Die Grundlage der Beschuldigungen der deutschen Politik in Mexiko bildet ein angeblicher Brief in der Handschrift des Grafen Bernstorff, der den herübergefabelten Vorschlag enthält. Die Regierung erklärt, an der Echtheit des Briefes nicht zu zweifeln, doch mache es die Rücksicht auf die Sicherheit gewisser Personen, deren Leben in Gefahr geraten könnte, notwendig, zu verschweigen, wie der Brief in ihre Hände gelangt sei.

Wie die heutige Debatte bewies, ist der Senat von der Echtheit nicht ganz überzeugt, teilweise deshalb, weil die Sprache des Briefes so wenig diplomatisch sei. Trotzdem kann der angebliche Brief Wilson dazu helfen, daß ihm der Kongreß seinen Willen tut. (Stf. Ztg.)

W.W. Rotterdam, 2. März. Nach dem „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ meldet „Daily Telegraph“ aus New York, daß der Brief an den deutschen Gesandten in Mexiko in Bernstorffs Handschrift einem Kurier übergeben wurde, der in Bernstorffs Dienst stand. Der Brief wurde durch einen Agenten des amerikanischen Geheimdienstes abgefangen.

Die Stimmung der Bevölkerung.

New York, 2. März. Die Blätter vom Freitag Morgen, besonders die „New York Tribune“, fordern nachdrücklich die Kriegserklärung, aber die Bevölkerung bleibt ruhig. Die pazifistische Grundstimmung geht hervor aus den Kongreßdebatten, wo, wie die „Tribune“ erklärt, alle Redner die Abstimmung über die Bewaffnung der Dampfer verweigerten. Der Beschluß hierüber wurde mit 403 gegen 13 Stimmen gefaßt. (Stf. Ztg.)

Neutrale Pressstimmen.

Von der Schweizer Grenze, 4. März. Die „N. Züricher Nachrichten“ betrachten den Fall so: „In der Hand eines übelen Willens bildet es eine fürchtbare Waffe gegen die deutsche Diplomatie und das Deutsche Reich, nahezu einen Kriegsfall. Ein besonnenes und ruhiges Urteil wird sich aber sagen, daß dem Dokument jeder offensive Charakter fehlt, und daß es sich nur auf den Status belli bezieht. ... Herr Wilson ist in diesem Falle wahrlich nicht der Mann des guten Willens. Das geht schon aus dem Kommentar hervor, den er dem Dokument Zimmermann in der „Associated Press“ geben ließ. Er schließt an ihm das Schlachttüver. Die Kriegsgefahr ist damit enorm gewachsen und z. T. auch noch das südamerikanische und japanische Problem aufgerollt.“

Zürich, 3. März. In ihrer Besprechung der Enthüllungen von Washington schreibt die „Züricher Post“: „Es ist wesentlich, daß auch der Wortlaut der Zimmermannschen Instruktion, die den Wunsch nach Erhaltung des Friedens mit der Union ausdrückt und die Bündnisversuche mit Mexiko lediglich für den Fall in Aussicht nimmt, daß der Krieg mit den Vereinigten Staaten gewiß ist. Ist aber einmal der Krieg zwischen Amerika und Deutschland erklärt, dann heißt es, so sagt das „Zürcher Blatt“, „à la guerre comme à la guerre“. Dann handelt es sich darum, dem Gegner militärisch und wirtschaftlich zu schaden, und wie die Union sich in diesem Falle mit dem Gegner Deutschlands verbünden kann, so ist ohne Zweifel auch Deutschland berechtigt, Verbindete gegen die Union zu suchen.“

Karlsruhe
beschr.
Sonntag
Schichttag
reinsotal
Polibenen
16, statt-
mlung
standes.
liches Gr-
718
stand.
Kreuz-
erie
3. März
D
D
D
und Liste
715
rzberger
id E 3, 17
entur.
rlsruhe:
he 11/15.
ige
25.—ver-
4. Et.

Wilson's „bewaffnet Politik“.

Newport, 3. März. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung des Reuterschen Büros. Zu den frühen Morgenstunden des Samstag...

Ein Zusatz gegen eine Bewaffnung der Handelschiffe.

Washington, 3. März. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung des Reuterschen Büros. Am Senat beantragte Stone, der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten...

Er erklärte, der Präsident könne dann Kriegsschiffe verwenden, um die deutschen U-Boote von den Seehandelsstraßen zu vertreiben...

Seine neuen Schritte vor einer Sonderprüfung des Kongresses.

Washington, 3. März. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung des Reuterschen Büros. Den Führern des Senats ist im Auftrage von Wilson mitgeteilt worden, daß der Präsident zurzeit bezüglich eines Krieges gegen Deutschland nichts tun werde...

Sonstige Kriegsnachrichten.

Die unbedingte Festigkeit der Vogeisenfront.

Der schweizerische Major Niggensbach schreibt über die unbedingte Festigkeit der Vogeisenfront:

„Es kann wesentlich zur Verhütung der schweizerischen Bevölkerung dienen, was wir hier im Oberstabsamt Kriegsbildern zu sehen bekommen. Da uns zwei Schweizer Bezirkskommanden und Offiziere überall in vorderster Linie wie hinter der Front, alles gezeigt wurde, konnten wir uns davon überzeugen, daß hier nichts geplant wird, was die Sicherheit der Schweiz gefährden könnte.“

Angriffe der Giolitti-Partei in der italienischen Kammer.

Berlin, 4. März. Namens der Giolitti-Partei richtete, wie das „E. L.“ aus Lugano erfährt, in der Kammer Campana gestern Angriffe gegen die Regierung, die nichts vorgelesen und nichts vorbereitet habe.

Der Abgeordnete Veltami rief: „In all das mußte die Regierung denken, ehe sie den Krieg erklärte; heute ist es zu spät.“ Campana fuhr fort mit jactantischen Ausfällen gegen Gabriele d'Annunzio, dessen Phantasien alle Köpfe, zumal die der Minister verwirren und schloß: „Wenn sich Italien heute in dieser Lage befindet, so ist es die Schuld Salandras und Sonninos, die den Londoner Vertrag unterzeichneten.“

Eine PreSSION auf China.

W.B. Amsterdam, 3. März. Nach einem hiesigen Blatte meldet die „Times“ aus Peking, daß die Gesandten der Alliierten der chinesischen Regierung am Mittwoch eine Denkschrift überreicht haben, in der sie versprechen, die Bitte Chinas nach einer Suspendierung der Zahlung der Entschädigungsgelder aus dem Vorgeantstand und nach einer Zollreform in wohlwollender Erwägung zu ziehen, wenn China die Beziehungen zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn abschneide.

Eine mexikanische Verfassung.

Newport, 3. März. Die neue mexikanische Verfassung enthält weitgehende soziale und politische Veränderungen. Der Staat erhält große Vollmachten, um der Uebermacht des Kapitalismus zu steuern. Neue Konzeptionen für die Ausnutzung der Oelquellen und anderer Schürfrechte werden ausschließlich an gedorene oder naturalisierte Mexikaner verliehen. Ausländer erhalten derartige Rechte nur gegen die ausdrückliche Bewilligung, niemals an ihre eigene Regierung in Angelegenheiten dieser Konzeption zu appellieren. Ausländer dürfen auf keinen Fall Eigentum in Gebieten erwerben, die 50 Kilometer von der Küste oder 100 Kilometer von der Landesgrenze entfernt sind. Staat und Kirche werden vollständig getrennt. Hierin werden sowohl die Geistlichen mexikanischer Geburt, wie die 2500 spanischen und die deutschen Priester berührt. Die Schulen bleiben gänzlich ohne Religionsunterricht. (Frankf. Ztg.)

Ein autonomes Flandern.

W.B. Berlin, 3. März. Der Reichskanzler empfing heute um 1 Uhr eine Abordnung des Rates für Flandern, der am 4. Februar 1917 in einer Versammlung aller aktiven flämischen Gruppen gewählt worden war. Die Abordnung überbrachte die Beschlüsse und Wünsche des Rates für Flandern, die dieser allen kriegsführenden und neutralen Staaten durch seinen Aufruf vom 4. Februar 1917 zur Kenntnis gebracht hatte.

Der Reichskanzler erwiderte: „Meine Herren! Ihren Wünsche nach einer persönlichen Aussprache bin ich gerne entgegengekommen. Herzlich heiße ich Sie in des Deutschen Reiches Hauptstadt willkommen als die Vertreter eines durch Mut und Sprache verwandten Volkes, mit dem in den Zeiten der reichsten Blüte germanischer Kultur eine politisch-kulturell und wirtschaftlich enge Beziehungen eintreten.“

Die vertrauensvollen Worte, die Sie jedoch an mich richteten, finden deshalb in mir, und ich glaube wohl, in jedem Deutschen herzlichen Widerhall. Das flämische Volk hat Jahrhunderte lang Bahnen gehen müssen, die immer weiter von uns wegführten und von denen stammesbewusste Denker und Dichter ihres Volkes uns sagen, daß es Leidenswege gewesen sind. Heute fügt es Gott, daß mitten im blutigen Kampf Deutsche und Flamen sich bewußt werden, daß in dem Ringen gegen das Vordringen des Weltjudentums gleich Wege uns zu gleichen Zielen führen müssen. Viel Kampf und Arbeit liegt noch vor uns. Das darf und wird mich aber nicht hindern, Ihnen schon jetzt die Hand zu reichen zu gemeinsamer Arbeit.“

„Der Herr Generalgouverneur hat seit langem in Uebereinstimmung mit mir und in Uebereinstimmung mit den Worten, die ich im April v. J. im Reichstag sprach, vorbereitende Maßnahmen erwogen und eingeleitet, die darauf hingingen, dem flämischen Volk die ihm bisher verjagte Möglichkeit einer freien, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung zu geben, und damit den Grundstein zu legen für diejenige Selbstständigkeit, die es zu erringen hofft, aber aus eigener Kraft kaum wird erreichen können.“

„Der Herr Generalgouverneur hat seit langem in Uebereinstimmung mit mir und in Uebereinstimmung mit den Worten, die ich im April v. J. im Reichstag sprach, vorbereitende Maßnahmen erwogen und eingeleitet, die darauf hingingen, dem flämischen Volk die ihm bisher verjagte Möglichkeit einer freien, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung zu geben, und damit den Grundstein zu legen für diejenige Selbstständigkeit, die es zu erringen hofft, aber aus eigener Kraft kaum wird erreichen können.“

„Das Deutsche Reich wird bei den Friedensverhandlungen und über den Frieden hinaus alles tun, was dazu dienen kann, die freien Entwicklungen des flämischen Stammes zu fördern und sicher zu stellen.“

Die sechs Reichskriegsanleihe. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, steht die Veranlassung der Bekanntmachung, mit der das deutsche Volk zur Beteiligung an des Reiches sechster Kriegsanleihe aufgefordert wird, nahe bevor.

Die Annahme der Zeichnungsmeldungen wird sich auf einen Zeitraum von ungefähr vier Wochen erstrecken, dessen Anfang auf den 15. März und dessen Ablauf auf den 16. April festgesetzt ist. Besonders hervorzuheben ist, daß die Zeichnungstermine sich bis zur Mitte des Monats Juli erstrecken, so daß alle die, die im zweiten Viertel des Jahres und zu Beginn des dritten Selber vorzunehmen, über diese schon jetzt zugunsten der Kriegsanleihe betragen können. Es ist aber auch dafür gesorgt worden, daß die Ende März oder Anfang April frei werdenden Gelder sofort nach Eingang verzinsschuld angelegt werden können, denn obwohl die Zeichnungsmeldungen bis zum 16. April zulässig sind, ist es statthaft, Voll- oder Teilzahlungen vom 31. März ab zu leisten.

Die sechste Kriegsanleihe wird in erster Reihe wieder in fünfprozentigen Reichsschuldverschreibungen bestehen, die zum Preise von 98 vom Hundert (Schuldbuchzeichnungen mit Sperre bis zum 15. April 1918 zum Preise von 97,80 Mark) gezeichnet werden können. Die Unkündbarkeit von Seiten des Reiches, die die Verfügung der Anleihehaber über ihren Besitz in keiner Weise beschränkt oder erschwert, ist bei den früher begebenen fünfprozentigen Schuldverschreibungen bis zum Jahre 1924 festgesetzt, so daß die Anleihenehmer mindestens bis zu diesem Zeitpunkte im Genuße der hohen Verzinsung bleiben. Sollte das Reich nach diesem Zeitpunkte eine Ermäßigung des Zinsfußes beabsichtigen, so muß es bei dieser ebenso wie bei den früheren Kriegsanleihen die Schuldverschreibungen kündigen und den Inhabern die Rückzahlung zum vollen Nennwert anbieten.

Neben den fünfprozentigen Schuldverschreibungen werden — gleichfalls zum Preise von 98 vom Hundert — viereinhalfprozentige auslosbare Reichsschuldverschreibungen ausgegeben, die sich von den früher begebenen Schatzanweisungen des Reiches

sehr wesentlich unterscheiden. Das Nähere über die neue Art Schatzanweisungen werden wir unsern Lesern binnen kurzem mitteilen können. Diese Mitteilung wird auch für die Eigentümer früherer Kriegsanleihen Interesse haben, da ihnen unter gewissen Voraussetzungen Umtauschrechte eingeräumt sind, die ihnen die Möglichkeit bieten, neue Schatzanweisungen an Stelle ihrer alten Anleihen zu erwerben, ohne daß sie genötigt wären, die letzteren zum Verkauf zu stellen.

Aus der Partei.

Jetzt los auf die Gewerkschaften!

Diese Parole wird im anarcho-syndikalistischen „Kampf“ ausgegeben. Der „bürokratische Aufbau“ und die „Machtfülle der Beamten“ lasse eine Reformierung der freien Gewerkschaften von innen heraus ebenso wenig zu, wie eine Umgestaltung der sozialdemokratischen Partei. Beide seien weiter nichts, als „ein Haufen organisierter Verweigerung“. Nach dieser geschmackvollen Bezeichnung wird dann weiter gesagt, daß eine andere Gewerkschaftsbezeichnung auf ganz neuer Grundlage geschaffen werden müsse. Das Fundament dieser neuen Bewegung müsse der Kampf sein; der Kampf „unter allen Umständen“ und „in jeder Lage“. Weiter denken sich die syndikalistischen Herren die Sache so, daß alles in einen Topf gemorcht wird. Die Interessen aller Arbeiter seien ja doch die gleichen, warum also die Schranken zwischen Metallarbeitern und Heimarbeitern, zwischen Bädern und Bauhandwerkern? Dann haben wir den syndikalistischen Ueberweis-Arbeiterbund nach romanischem Muster, in dem viel behakt, rabfale Beschlässe gefaßt werden, wo aber nichts erreicht werden kann, weil die Unternehmer vor den großen Worten leiber verdammt wenig Respekt haben.

Die „Gewerkschaftsbürokratie“ muß natürlich beiseite gelassen werden. Gewerkschaftsangelegenheiten? Wozu braucht man solche in den „reinen Kampforganisationen“, die nicht mehr Unterfertigungsvereinbarungen sind? Man sieht, die Syndikalisten vom Wiederhören wollen da wieder anfangen, wo die „Kosaken“ Anfang der neunziger Jahre gestanden haben. Die berühmten Sechservereine, die den Kampf zu führen dachten mit dem „Idealismus der Massen“. Daß diese Art Gewerkschaftsbewegung heute Aussicht auf Erfolg habe, werden auch die Syndikalisten nicht ermarren. Aber darauf kommt es schließlich nicht an, sondern der Wille, das alle Bewährte niederzureißen — das ist der Zweck der Uebung.

Gewerkschaftliches.

* Kriegsstatistisches vom Ausbrucherverband. Wie sehr die Kriegszeit die Reihen der gewerkschaftlichen Kämpfer lichtet, ist aus einem Duzend statistischer Erhebungen des Ausbrucherverbandes ersichtlich, die bis auf die Zeit vom Beginn des Krieges bis zum Jahresabschluss 1916 erstrecken. Durch Austritt, Ausschluß, Abwahl, Tod und Einberufungen zum Seeresdienst hat der Verband über 50 000 Mitglieder eingebüßt. Am Ende des 2. Quartals 1914 wurden 70 452 Mitglieder gezählt, am 31. Dezember 1916 nur noch 23 207. Gefallen, an Verwundung oder Krankheit gestorben sind 4927 Mitglieder. Trotz der fast verminderten Arbeitslosigkeit wurden in der angegebenen Zeit aus der Verbandskasse und den Gewerkschaften noch über 3 1/2 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützung verausgabt. Erfolgreich ist die große finanzielle Aufwendung für Familienunterstützung, die bis Ende des vorigen Jahres die Summe von rund 1 894 000 M betrug. Besondere Anerkennung verdienen hierbei die Berliner Berufsgenossenschaften, denn mit 457 840 M Familienunterstützung haben sie Ende Juni v. J. hat eine Zunahme der zu anderen Berufen Uebergetretenen festgefunden, was auf die wenig erhebenden Erfahrungen mit den Feuerungszulagen zurückgeführt wird.

Die Wahlen der Arbeiterauschüsse.

Zu den wichtigsten Vorgängen auf sozialpolitischem Gebiete gehören die bevorstehenden Wahlen der Arbeiterauschüsse nach § 11 des Hilfsdienstgesetzes. Die neuen Vorschriften stellen die Arbeiterauschüsse, die bisher immer nur verhältnismäßig vereinzelt bestanden und oft ein bescheidenes Dasein führten, auf eine feste Grundlage. Die Wahlen, die in allen Betrieben mit mehr wie fünfzig Arbeitern zu erfolgen haben, sollen nach dem Grundgedanken der Verhältnismäßigkeit erfolgen. Dieses Wahlverfahren hat erstmalig, infolge der neuen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung bei den letzten Wahlen der Organe in der Sozialversicherung eine umfassende Anwendung gefunden. Das Verfahren, das sich insbesondere durch vorherige Aufstellung und Einreichung von Wahlvorschlagslisten und Beachtung der Abstimmung nur auf diese kennzeichnet, ist etwas umständlich und verwickelt. Die einzelnen Landeszentralbehörden haben „Wahlordnungen“ erlassen, die nähere Anleitung über den Gang der Wahl geben. Die Wahlordnungen sind vollkommen, teilweise fast wörtlich, den amtlichen Wahlordnungen für die Krankenversicherungsstellen nachgebildet. Besonders wichtig ist der § 11 der (preussischen) Wahlordnung. Wird keine gültige Wahlvorschlagsliste eingereicht, so hat der Wahlleiter (das ist der Betriebsunternehmer selbst, wenn er nicht einen anderen Wahlvorstand bestellt), dies sofort bekannt zu machen und zur Einreichung von Wahlvorschlagslisten eine Nachfrist zu setzen. Wird auch dann eine gültige Wahlvorschlagsliste nicht eingereicht, so hat der Wahlleiter die Ausschussmitglieder und Ersatzmänner aus den Wählbaren zu berufen. Die Arbeiter müssen natürlich darauf sehen, daß solche Ernennungen nach Möglichkeit unterbleiben. Wird nur eine gültige Wahlvorschlagsliste eingereicht, so gelten die in ihr bezeichneten Bewerber in der Reihenfolge der Liste als gewählt. Es findet dann eine Stimmabgabe überhaupt nicht statt. Bei dem ganzen Gang der Wahlhandlung können die Erfahrungen nutzbar gemacht werden, die bei den Krankenversicherungsstellen gesammelt worden sind. Diese sind übersichtlich und praktisch dargestellt im „Handbuch der Vertreterwahlen in der Krankenversicherung“, das im Verlag von Karl Siebel, Berlin O. 27 (Preis 2,50 M.) erschienen ist. Es kann allen Beteiligten nur dringend zur Anschaffung empfohlen werden.

Die Zentralstellen der freien, christlichen und kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften haben vereinbart, daß die Arbeiterauschüsse wahllos gemeinsam durchgeführt werden sollen. Ein Wahlkampf zwischen den drei Gewerkschaftsrichtungen soll tunlichst vermieden werden. Es kommt diesen hauptsächlich darauf an, den gelben Organisationen eine einheitliche Front gegenüber zu stellen. In vielen Betrieben wird daher die Aufstellung nur einer Wahlvorschlagsliste ermöglicht werden.

Die Wahlberechtigung liegt in den einzelnen Orten in der Hauptsache in den Händen der Gewerkschaftsmitglieder. Sie haben zunächst festzustellen, welche Betriebe über 50 Personen beschäftigen. Ferner ist festzustellen, in welchen Betrieben schon Arbeiterauschüsse bestehen, von denen dann die Adressen der einzelnen Mit-

Das Ergebnis auf diesem Gebiete kann als erfreulich bezeichnet werden, denn von den 661 Schülern bzw. Schülerinnen, denen im Bierordtsbad Schwimmunterricht erteilt worden ist, haben 219 Knaben oder 56 Prozent und 108 Mädchen oder 40 Prozent das Schwimmen erlernt und die Schwimmprobe abgelegt.

Besonders stark beeinflusst durch die kühle Witterung des Jahres Sommers war der Betrieb im städtischen Schwimmbad und Sonnenbad, doch konnte dort der Einnahmeausfall durch Einsparen der Betriebskosten bis auf 1140 M ausgeglichen werden. Im ganzen wurden dort 26 677 Bäder abgegeben, das sind 10 770 weniger als im Vorjahr. Bei gutem Sommerwetter dürfte diese Anlage ohne Zusatzkosten auskommen. Auch hier wurden wie im Bierordtsbad unentgeltliche Schwimmbäder an Schüler und Schülerinnen der Volkshochschule abgegeben. Bei den Mehrausgaben im Betrieb der städtischen Bäder sind von wesentlicher Bedeutung die Erhöhung der Löhne für Erntearbeiter für die zum Heere Einberufenen, sowie die Kriegszulagen für Beamte und Arbeiter. Für Verbesserung der Bäderverhältnisse im Bierordtsbad wurden 2100 M aufgewendet.

Einem historischen Klavierabend veranstaltet am Montag, den 12. März, abends 8 Uhr, im Saale des Großherzoglichen Konservatoriums für Musik, die aus dieser Saison herborgelagerten und schon mehrmals mit ausgezeichnetem Erfolge in der Öffentlichkeit hier aufgetretene hiesige Pianistin Frau Fräulein Mathilde Roth. Der chronologische Aufbau ihres historischen Klavierabends, 1683—1828, Scarlatti—Franz Schubert, gestatten Fräulein Roth, sich wiederum als ausgereifte Pianistin zu betätigen. Das Arrangement ruht in den Händen der Hofmusikalienhandlung Fr. Doert.

Arbeiterbildungsverein. Heute Montag abend 8 1/2 Uhr findet im Hause des Vereins Wilhelmstraße 14 ein Vortrag (mit Lichtbildern) des Herrn Sanitprokurators Leo Loh statt: „Die Reichswehr im Weltkrieg“. Der Besuch ist unentgeltlich, Gäste sind willkommen.

Palast-Lichtspiele, Herrenstraße 11. Spielplan vom 3. bis einschl. 6. März. 1. Das Rotapantöffelchen (Lustspiel), 2. Der Strumpf (Drama), 3. Pelzwerk von Maulwürfen (Natur), 4. Mifs Simons Juwelen (Schwanz), 5. Julius als Regout (Humor).

Tyrannenherrschaft. „Aus Bolens schwerer Zeit“ nennt sich ein groß angelegtes Filmmittel von Alfred Deutsch-German, welcher vom Samstag bis einschl. Dienstag im Residenz-Theater, Waldstr., in Erstaufführung gezeigt wird. Der Bolenaufstand unter Führung des Nationalhelden Kojuszko, seine blutige Niederlage durch Verrat und Uebermacht, sowie Jahrzehnte bleierne Druks, der auf Polen lastete, bis der Weltkrieg es von dem moskowitzischen Unterdrücker befreite, werden in materiellen Massenszenen vorgeführt. Das Stück gipfelt in einer Apotheose der von den Mittelmächten befreiten Polonia. Die Regie Franz Portens zeichnet sich durch Bestaltungsart und Geschmack aus. Die naturgetreuen Aufnahmen von der Wiederoberung Krzeszys, wie die Bilder des Bolenaufstandes machen einen starken, nachhaltigen Eindruck. — Herrn Schnepfen sieht man in der Komödie „Die schiefte Nase“.

Neues vom Tage.

Explosion einer französischen Pulverfabrik.

W.B. Bern, 4. März. „Reit Parisien“ meldet, daß die Pulverfabrik Bouchet in die Luft geflogen sei. Einzelheiten seien unbekannt, jedoch sei der Knall so stark gewesen, daß er zehn Kilometer im Umkreis gehört wurde.

Letzte Nachrichten.

Zwang zum Kartoffelanbau.

W.B. Berlin, 5. März. Im Regierungsbezirk Trier ist, wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet wird, der Kartoffelzwang eingeführt worden. Die Landwirte müssen ohne dem Durchschnitt der Anbaufläche in den Jahren 1914—1916 entsprechende Fläche mit Kartoffeln bepflanzen. In jeder Gemeinde wird ein Ausschuss von Vertrauensleuten gebildet, die den Anbau zu überwachen haben.

Die Blamendeputation bei Staatssekretär Helfferich.

W.B. Berlin, 5. März. Der Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich empfing heute die völmischen Gäste in seinem Hause. Außer dem Staatssekretär Zimmermann und dem Staatsminister von Trost zu Solz waren hierzu auch der Präsident des Reichstags Dr. Kämpf und eine Reihe von Parteiführern und hohen Beamten erschienen.

Nur noch die Zahl, keine Namen mehr.

W.B. Bern, 5. März. Das französische Marineministerium veröffentlicht eine Note, in der es heißt, die Erfahrung habe gezeigt, daß die Veröffentlichung der Namen von verenkten Schiffen große Unannehmlichkeiten zur Folge habe. Das Marineministerium habe deshalb beschlossen, die Veröffentlichung einzustellen und jede Woche eine Aufstellung des Ergebnisses des Unterseebootkrieges während der Woche bekannt zu geben. Die Aufstellung werde die Zahl der versenkten Schiffe der verschiedenen Kategorien angeben.

Italien und Frankreich verlangen Getreide von Rußland.

W.B. Bern, 5. März. Wie der Petersburger Mitarbeiter des „Corriere della Sera“ meldet, haben Italien und Frankreich von Rußland 7,5 Millionen Doppelzentner Getreide verlangt, davon 3 bis 4 Millionen Doppelzentner für Italien. Die russische Regierung wird dieser Lage die Frage der Ausfuhrerlaubnis dieses Getreides prüfen.

Eine Geheimstimmung der französischen Kammer.

W.B. Berlin, 5. März. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Genf erfährt, wird die französische Kammer am nächsten Freitag eine Geheimstimmung abhalten, um die Organisation für die Abwehr zu besprechen.

Die Gegner Wilsons im Kongress.

W.B. Bern, 5. März. Die „Agence Havas“ meldet aus Washington, daß der Gesetzesantrag bezüglich der Bewaffnung der Handelsschiffe im Repräsentantenhaus von 9 Republikanern, 3 Demokraten und 1 Sozialisten bekämpft worden sei.

Verantwortlich für Politik, Kriegsangelegenheiten und Letzte Post: Wilhelm Hoff; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Bruchsal. (Gewerkschaftsstell.) Dienstag abend 8 Uhr in der „Hals“ Kartellziehung.

Die Ziehung der Württemberg. rote Kreuz-Lotterie und der Bayer. Mehrzahl-Lotterie finden beide diesen Monat statt und gelangen 118 000 — bare Geldgewinne zur Verlosung. Der Vertrieb der Lose liegt in den Händen der Firma Moritz Bergberger, Mannheim, die für Einzahlung der Ziehungstermine garantiert. Mehrzahllose kosten 1,10 M, Württ. rote Kreuz-Lose 2 M pro Stück und sind durch obige Firma und deren Verkaufsstellen zu beziehen.

Palast-Lichtspiele

Herrenstrasse 11

Telephon 2502

Größtes, neuestes und vornehmstes Lichtspiel-Unternehmen am Platze.

Konkurrenzlose, klare, plastische Vorführung der Bilder infolge erstklassiger technischer Einrichtung, wodurch die Augen nicht angegriffen werden.

9 Meter hoher Theatersaal mit Balkon 400 Personen fassend.

Nur noch heute und morgen! Alleiniges Erst-Aufführungsrecht!

„Rosa-Pantöffelchen“ II. Teil

Lustspiel in 3 Akten.

In der Hauptrolle: **Grete Weixler.**

„Der Strumpf“

Drama in 2 Akten.

„Pelzwerk von Maulwürfen“

Sehr interessante Aufnahmen.

„Ein Doppelgänger“

Lustspiel in 1 Akt.

Die neuesten Kriegsberichte von allen Fronten

Hochinteressante Aufnahme.

Ausserdem der übrige reichhaltige Spielplan.

Die ruhigeren Nachmittags-Vorstellungen werden dem geehrten Publikum als besonders genussreich empfohlen.

Zum gefl. Besuche ladet ergebenst ein **Friedrich Schulten.**

Palast-Theater, Herrenstrasse 11
1/2 Minute von der Elektr. Haltestelle **Herrenstrasse**

Zu diesem reichhaltigen Programm haben **Vorzugskarten nur an Wochentagen** Gültigkeit.

Zur gefl. Bedienung, zum Ausschneiden. 780

Vorzugskarte.

Inhaber dieser Karte zahlt gegen Vorzeigen derselben an der Kasse des Palast-Theaters folgende Eintrittspreise: 2. Platz 25 S., 1. Platz 40 S., Balkon 60 S., Sperrsitze 80 S., Balkonloge M. 1.—, Fremdenloge M. 1.50.

Vorzugskarte.

Inhaber dieser Karte zahlt gegen Vorzeigen derselben an der Kasse des Palast-Theaters folgende Eintrittspreise: 2. Platz 25 S., 1. Platz 40 S., Balkon 60 S., Sperrsitze 80 S., Balkonloge M. 1.—, Fremdenloge M. 1.50.



Gartenbau-Verein Karlsruhe.

Hauptversammlung

am Mittwoch, den 7. März d. J., abends 8 1/2 Uhr im Saal III Schrempf.

- 1. Bericht über die Vereins-tätigkeit im Jahre 1916.
- 2. Anträge und Wünsche.
- 3. Neuwahl des Vorstandes.
- 4. Pflanzen- und Samenabgabe.

724 Der Vorstand.

Eier-Verteilung.

Von Dienstag, den 6., bis einschliesslich Freitag, den 9. März 1917 wird in den bekannten Geschäften an die eingetragene Anzahlung auf je 2 Eiermarken Nr. 1 des Lebensmittelheftes vom 26. Februar bis 11. März 1 Ei abgegeben.

Die mit dem Vermerk „Krankenzufuss“ versehenen Eiermarken werden mit 1 Ei für eine Marke eingelöst. Für je 2 Eiermarken mit dem Vermerk „Militär“ und „Besuch“ wird 1 Ei abgegeben. Die Sammelmarken für Anhalten und Wirtschaften vom 26. Febr. bis 11. März werden mit 2 Eiern für je 5 Personen eingelöst.

Alle mit dem Vermerk „Krankenzufuss“, „Militär“ und „Besuch“ versehenen Marken werden nur in den drei folgenden Stellen zur Einlösung gebracht, nämlich:

In unsern beiden Verkaufsstellen, Kriegstraße Nr. 80 und Douglasstraße Nr. 24 und in der Filiale Pfannkuch u. Co., Pfaffenstraße 25.

Die uns zur Verfügung stehenden Landeier werden zum Höchstpreise von 26 Pf. an „Krankenzufuss“, „Militär“ und „Besuch“ in den erwähnten drei Stellen verkauft. In allen andern Verkaufsstellen werden nur Auslandeier zum Preise von 32 Pf. abgegeben.

Nach Ablauf der Verkaufszeit dürfen die noch vorhandenen Restbestände nicht mehr ohne unsere ausdrückliche Bewilligung abgegeben werden, sie verbleiben vielmehr zu unserer Verfügung.

Spätestens am 13. März haben die Geschäftsinhaber der Verkaufsstellen die eingenommenen Marken zu je 100 geordnet abzuliefern und hierbei Abrechnung auf vorgeschriebenem Formulare, welches bei der Kartentelle festhalten zu bekommen ist, zu erteilen. Die Geschäftsinhaber werden im Interesse der rechtzeitigen Neuverteilung aufgefordert, die Abrechnung und Markenablieferung pünktlich zu erledigen.

Geschäfte, welche dieser Anordnung zuwider handeln, müßten in Zukunft als Verteilungsstelle gestrichen werden.

Karlsruhe, den 3. März 1917.

Städtisches Nahrungsmittelamt.

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstr. 34, 1 St.

- Jackentleider M. 28.75 an
- Frühjahrsmäntel 19.75 an
- Farbige wasserdichte Ripsmäntel M. 29.75 an
- Schwarz-Ripsmäntel 39.75 an
- Seiden-Mäntel M. 62.75 an
- Frühjahrs-Jacken 11.75 an
- Konfirm.-Jacken 19.75 an
- Schw. Tuchmäntel 44.75 an
- Wachstuch-Jacke M. 2.80 an
- Kleiderrocke, schwarz u. farbig
- Blusen in Baumwolle, Wolle, Tüll, Seide und Kunstseide
- Kunstseiden-Jacken
- Wolldecken und Wollmäntel in allen Größen. 725

Keine Ladenspeisen. 725

Chaiselongue, neu, von 50 Mk. an. 725

R. Köhler, Schützenstr. 25.

Kartoffel-Versorgung.

Wir geben hiermit bekannt, daß der Verkaufspreis für Kartoffeln vom 5. März 1917 ab 7 M für den Zentner, im Kleinkauf 7 S für das Pfund, jeweils ab Verkaufsstelle beträgt. Wir haben nunmehr folgende Verkaufsstellen für Kartoffeln eingerichtet:

- 1. in den städtischen Läden Kriegstraße 80 und Douglasstraße 24,
- 2. in familiären Filialen

der Firma Pfannkuch u. Co., des Lebensmittelvereins, der Firma Emil Duderer, der Firma Gebr. Schatz.

Ferner in den Warenhäusern von Geism. Knopf und Hermann Tich.

Karlsruhe, den 3. März 1917.

Städtisches Nahrungsmittelamt.

Baterländische Goldankaufsstelle „Liefert Gold ab“.

Die Goldankaufsstelle, Ritterstraße 20, ist geöffnet jeweils Montag und Mittwoch, vormittags von 10—1/2 1 Uhr.

Die Goldankaufsstelle.

Dampf-, Heissluft- und elektr. Lichtbäder

für Herren und Damen **im Friedrichsbad** ununterbrochen den ganzen Tag geöffnet. 3510

Bekanntmachung.

Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betreffend.

Die Ziehung der 3. Klasse der 9. Preussisch-Süddeutschen (235. Königl. Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 13. und 14. März 1917 stattfinden.

Die planmäßige Erneuerung der Lose 3. Klasse hat bis spätestens 7. März d. J., abends 6 Uhr, bei den zuständigen Großh. Badischen Lotterieteilnehmern zu erfolgen, die auch Kauflose abgeben.

Karlsruhe, den 3. März 1917.

Groß. Landeshauptkaffe
als Landesbehörde für die staatliche Klassenlotterie.

Sie suchen zum sofortigen Eintritt:

Mehrere tüchtige, rechnungsgewandte Kaufleute, Rechnungsführer, Werkstattschreiber, Fabrikinspektoren, Expedienten und Fakturist für Zigarettenfabrik, Feuerversicherungsbeamte. 607

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe
Jähringerstr. 100. Fernsprecher 629 u. 949
Abteilung: Städtischer Stellennachweis für Kaufm., technische und Büroangestellte.

Tüchtiger Dreher, Werkzeugschlosser

als Meister für Maschinenbau-
bearbeitung sofort gesucht.
Sänger & Cie.
Heidelberg 720
Bergheimerstr. 127.

Größere Anzahl jugendlicher Arbeiterinnen

von 14 bis 16 Jahren gesucht
durch das 986
Städt. Arbeitsamt
Jähringerstr. 100, 3. Stod.

Zu vermieten

auf 1. April mehrere Wohnungen, bestehend aus 2 Zimmern, Küche und Keller (Gas- und Wasserleitung). 601
Näheres bei J. Madener, Müppurrerstraße 20.

Gesucht

für sofort und später
Köchinnen,
Mädchen, für einf. bürgerliche Küche. 112
Städt. Arbeitsamt
Jähringerstr. 100.

Druckarbeiten

aller Art liefert schnell und billig
Buchdruckerei Volksfreund

Kriegskarten-Atlas.

Derselbe enthält 9 verschiedene Karten. Diese sind reich beschriftet, vielfarbig gedruckt und doch leicht lesbar.

Der Atlas enthält:

1. Karte des russischen Kriegsschauplatzes (Nordosten).
2. Karte des russischen Kriegsschauplatzes (Südosten).
3. Karte des französischen Kriegsschauplatzes.
4. Uebersichtskarte von Frankreich und Belgien.
5. Karte der britischen Inseln und des Kanals.
6. Karte von Ober-Italien und Nachbargebiete.
7. Karte vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.
8. Karte der europäischen Türkei und Nachbargebiete (Dardanellen-Strasse, Marmara-Meer, Bosporus).
9. Uebersicht der gesamten türkischen Kriegsschauplätze (Kleinasien, Aegypten, Arabien, Persien, Afghanistan).
10. Uebersichtskarte von Europa.

Der Atlas ist dauerhaft gebunden und bequem in der Tasche zu tragen. Das geschlossene Kartenmaterial wird vor allen Dingen unseren Braven

im Felde als passende Liebesgabe

willkommen sein. Preis Mk. 1.50.
(Nach auswärtig 20 Pfennig Porto.)

Buchhandlung „Volksfreund“

Luisenstraße 24. Telefon 128.

Bekanntmachung.

Das diesjährige Sinennertragnis des Karl Münchener Ver. mädtisses im Betrag von rund 700 Mark kommt auf 13. Mai ds. J. zur Vergebung. Das Ertragnis soll nach dem Willen des Stifters einem braven, unbefohlenen liegenden Geschäftsmann zugute kommen, dem die Mittel zum Emporbringen seines Geschäftes fehlen. Die Bewerber müssen die Gewähr dafür bieten, daß durch eine einmalige größere Beihilfe, welche zur Beschaffung von Arbeitsmaterialien oder zur sonstigen Verbesserung der Geschäftseinrichtung dienen soll, eine wesentliche dauernde Hebung ihrer Leistungsfähigkeit erzielt werden kann. Bewerbungen sind bis zum 1. April ds. J. unter genauer Schilderung der Verhältnisse beim Stadtrat einzureichen. 719

Karlsruhe, den 2. März 1917.

Der Stadtrat.

Trauerbriefe

in jeder Ausführung liefert schnell
Buchdruckerei „Volksfreund“

Bekanntmachung.

Der Staatsanzeiger und das amtliche Verkündigungsblatt veröffentlichen eine Bekanntmachung des kgl. Stellvertretenden Generalkommandos des 14. Armeekorps vom 20. Februar 1917 Nr. W. III. 4700/12. 16. RM., betreffend Höchstpreise für Spinnpapier aller Art, sowie für einfache, gemirte oder geschmirte Papiergarne, welche mit anderen Faserstoffen nicht vermischt sind. Auf diese Bekanntmachung, die auch bei dem Gr. Bezirksamt sowie den Bürgermeisterämtern eingesehen werden kann, wird hiermit hingewiesen.

Karlsruhe, den 26. Februar 1917. 727

Gr. Bezirksamt.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Franz Heibelberger von hier, Dr. phil., Lehr-
amtspraktikant hier, mit Agnes Lewert von hier.

Todesfälle. Theresie Ulrich, 30 J. alt, ohne Gewerbe, ledig.
Otto Behm, Mechaniker, Ehemann, 58 J. alt. Franziska Frey,
78 J. alt. Witwe von Johann Frey, Maurerpolier. Frieda, 13 J.
alt, v. Karl Kümmer, Schlosser. Pauline Krattinger, 71 J. alt,
Witwe von Karl Krattinger, Tagelöhner. Sophie, 14 J. alt, v.
Ludwig Maiff, Lokomotivführer.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Damen-

Wäsche

- Taghemden aus guten Stoffen, mit Feston 375 450
- Taghemden aus feinem Hemdentuch, mit solider Stickerei 525 675
- Beinkleider mit reicher Stickerei garniert 290 475
- Nachthemden reichlich lang, halbfreie Form 475 775
- Stickerei-Röcke mit hübscher Garnitur 360 475 775
- Unter-Tailen mit breiter Stickerei 185 225 375

Hermann

Tietz

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen.

Preis 30 Pfg.
Nach auswärtig 33 Pfg. in Briefmarken.

Das Büchlein gibt Aufklärung über:
Wer hat Anspruch auf Unterstützung? / Wo muß der Anspruch erhoben werden? / Die Versorgung d. Mannschaft: Der Anspruch auf Rente / Berechnung der Rente / Der Anspruch der Hinterbliebenen: Kriegswitwen- / Kriegs-
wittwengeld / Kriegswittwengeld / An wen sind die Anträge zu stellen? / Invaliden-
versicherung von Kriegsteilnehmern u. der Hinterbliebenen.
Wer sich vor Nachteilen schützen will, muß sich das Buch anschaffen.

Zu beziehen durch die
Buchhdlg. Volksfreund
Luisenstraße 24.

Alle **Druck-Arbeiten** liefert rasch und billig
Druckerei Volksfreund
Luisenstraße 24
Teleph. 128.

Ein wertvolles Hausbuch für jede Arbeiterfamilie!

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält ein zerlegbares Modell, viele Illustrationen und präsentiert sich in einem schmacken Einband.

Behandelt werden folgende Gebiete:

- Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller.
- Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein.
- Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschlaff.
- Der Achtstundentag. Von Dr. Zadek.
- Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich.
- Das Schulkind. Von Dr. Silberstein.
- Geschlechtsverkehr und Geschlechts-Krankheiten. Von Dr. Geberl.
- Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes.
- Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein.
- Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein.
- Frauenleiden und deren Verhütung. Mit einem Anhang: „Die Verhütung der Schwangerschaft“. Von Dr. J. Zadek.
- Vom medizinischen Aberglauben. Von Dr. E. Thesing.
- Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter.
- Verhütung und Heilung des Stotterns. Von L. Jordan.
- Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Markuse.
- Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Rewald.
- Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller.
- Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein.
- Die Krankenpflege im Hause. Von Johann Ranker-Mannheim.
- Die Proletarierkrankheit. Von Dr. J. Zadek.

:-: Ein Buch auf Teilzahlung! :-:

Unforzeichnet bestellt hiermit bei der Buchhandlung „Volksfreund“
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
geb. zum Preise von 4.50 Mk., zahlbar in Wochen-
raten von 50 Pf. oder 1. Mk. Porto nach auswärtig 25 Pf.
Das Buch wird mir sofort geliefert, doch bleibt es bis zur vollständigen Bezahlung Eigentum der obigen Firma.
Name:
Wohnung:
Wir bitten, deutlich zu schreiben.